

Ärzte-Protesttag in Berlin:

„Zahnärztliche Qualität driftet ins Mittelmaß ab“

Beim ersten bundesweiten Aktionstag der Ärzte am 18. Januar in Berlin waren mehr als 20.000 Ärzte in die Bundeshauptstadt gekommen. Es war einer der größten Ärzteproteste, die es je in Deutschland gegeben hat. Mehr als 40 Verbände hatten zu der Massendemonstration gegen sinkende Einkommen, überbordende Bürokratie und eine staatlich verordnete Begrenzung medizinischer Leistungen aufgerufen.

„Diagnostiziert haben wir lange genug“, rief der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, der Menge in Berlin zu, „ab heute wird therapiert“. Denn „zuerst stirbt die Praxis, dann der Patient“, warnte

Hoppe die Gesundheitspolitik. Die Ärzte hätten jetzt genug von unmenschlichen Bedingungen und unbezahlter Mehrarbeit. „Und wir wollen auch nicht länger auf dem Rücken unserer Patienten staatliche Rationierung durchführen müssen.“ Auf den Postern und Transparenten zur Demo in Berlin hat sich der ganze aufgestaute Frust über die Gesundheitspolitik der vergangenen Jahre entladen. Die Diskussion um Angleichung von Privater Krankenversicherung (PKV) an Honorare der Gesetzlichen Krankenkassenversicherung (GKV) sowie das aktuelle Arzneimittelpaket, durch das Ärzte durch überdurchschnittliches Verschreiben

zur Kasse gebeten werden, hatten das Fass zum Überlaufen gebracht. Hauptkritik aller Redner war der Versuch der Politiker, den Ärzten den schwarzen Peter für die Unterfinanzierung der Gesundheitsversorgung zuzuschieben. Um das System aufrechtzuhalten, seien sie gezwungen, unentgeltlich zu arbeiten und Patienten Leistungen vorzuenthalten.

Auch der Präsident des Bundesverbandes der implantologisch tätigen Zahnärzte in Europa (BDIZ EDI), Christian Berger, hatte die 4.000 Mitglieder kurzfristig aufgerufen, sich in Berlin oder anderen Städten an der Kundgebung zu beteiligen. Über die in den Koalitionsvereinbarungen angepeilten Reformansätze zeigt sich der BDIZ EDI enttäuscht. „Diagnostisch nicht zu Ende gedacht“, nennt Berger die Vereinbarungen der großen Koalition. „Die Pflichtversicherten werden immer unzufriedener mit ihren Krankenkassen, weil sie immer mehr Zuzahlungen selbst leisten müssen.“ Berger fürchtet um die noch hohe Qualität zahnmedizinischer Versorgung der Bevölkerung und er fürchtet um die Existenz der Zahnarztpraxen im europäischen Wettbewerb. Die deutschen Zahnärzte seien, was die Rahmenbedingungen betrifft, im Hintertreffen. „Bereits jetzt hat sich ein von den Krankenkassen heftig beworbener Zahnersatz-Tourismus ins Ausland eingestellt. Unsinnige Ansätze wie die Angleichung der GOZ an den BEMA tragen zur Verunsicherung in den Praxen bei.“ Der BDIZ EDI fordert eine umfassende Reform des deutschen Gesundheitswesens. „Wenn es so weiter geht wie bisher, wird unser Gesundheitswesen unbezahlbar und die (zahn)ärztliche Qualität driftet zwangsläufig ins Mittelmaß ab. Vor diesem Hintergrund müssen wir notfalls auch auf die Straße, um dafür einzutreten, unseren Patienten die bestmögliche Therapie bieten können“, so Christian Berger.

Die Proteste der niedergelassenen Ärzte gegen die ihrer Ansicht nach schlechten Arbeitsbedingungen werden fortgesetzt: Der Verband Freie Ärzteschaft hat für den 24. März zu einem weiteren nationalen Protesttag in Berlin aufgerufen. Auch zahlreiche Patienten-Selbsthilfegruppen wollten sich an der Aktion beteiligen. „Der erneute nationale Protesttag ist Auftakt für eine Protestwoche, in der bundesweit die meisten der 100.000 Arztpraxen komplett bis zum 31. März geschlossen bleiben“, sagte Verbandsvorsitzender Martin Grauduszus dem „Westfalen Blatt“.



Frühlingserwachen